



Protokoll

der Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses Großensee

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.07.2023
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:10 Uhr
Ort, Raum:	Dörphus in Großensee, Hamburger Straße 11, 22946 Großensee

Anwesend

Vorsitz

Ursula Ruhfaut-Iwan

Mitglieder

Felix Müller

Norbert Paech

Bernd Suck

Barbara Weckwerth

weitere Anwesende

Mareike Broscheid

Anja Hoch

Malte Maximilian Ilemann

Karsten Lindemann-Eggers

Uwe Tillmann-Mumm

Bürgermeister

Jürgen Vagts

Verwaltung

Uwe Paul

Protokollführer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Verpflichtung des wählbaren Bürgers
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 09.03.2023
- 5 Anfragen und Mitteilungen
- 6 Ortsentwicklungsplan (OEK) – weiteres Vorgehen
Grundlage: Beschluss der GV am 24.03.2022 TOP 9
Hier: Vertragsgestaltung – weiteres Vorgehen
- 7 Feuerwehrneubau – Vertragsangelegenheiten/Kostenentwicklung
 - 7.1 Kostenvergleich Soll – Ist
 - 7.2 grundsätzliche Ausgestaltung der Bauleistungsverträge
 - 7.3 Vertragsänderungen – Auswirkungen auf Haushaltsansätze
- 8 Stand der Haushaltsausführung mittels Plan/Ist-Vergleich zum 01.06.2023 2023/03/007
- 9 Beratung über das Aufstellen geeigneter Parkautomaten am Großraum-Parkplatz Seestraße in Großensee 2023/03/009
- 10 Fördermaßnahmen
 10. Bericht über die bisherigen Recherchen
 - 1
 10. weiteres Vorgehen
 - 2
 - 11 Einwohnerfragestunde (nur zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht erhoben.

2 Verpflichtung des wählbaren Bürgers

Frau Ruhfaut-Iwan verpflichtet Herrn Suck auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten

3 Einwohnerfragestunde

Es wird darauf hingewiesen, dass auf der Internetseite der Gemeinde Angaben zu Bürgermeister und neuen Gemeindevertretern nach der Wahl nicht zeitnah geändert wurden. Die Vorsitzende erläutert, dass das Protokoll der konstituierenden Sitzung erst seit einem Tag vorliegt und erst danach sämtliche Änderungen eingepflegt werden konnten.

4 Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 09.03.2023

Herr Paech erhebt Einwendungen gegen die Protokollierung zu TOP 7.2. Seine Einwendungen werden als Anlage zum Protokoll hinzugefügt. Weitere Einwendungen ergeben sich nicht. Herr Bürgermeister Tillmann-Mumm erinnert an den gefassten Beschluss zur Überprüfung der Gesamtzuschüsse an alle Vereine.

5 Anfragen und Mitteilungen

(1/100), (1/200)

5.1. Die Vorsitzende fragt die Anwesenden, was sie von der Platzierung des TOP vor der Beratung der eigentlichen Sachthemen halten und ob es Vorschriften für eine Reihenfolge der Beratung gibt. Es ergibt sich das Stimmungsbild, dass Wortmeldungen unter „Anfragen und Mitteilungen“ besser nach der Sachberatung eingeordnet werden sollten, da dann noch mögliche Nachfragen im Anschluss an Beratung vorgebracht werden können. Eine Regelung zur Reihenfolge ergibt sich nur aus der Tagesordnung selbst.

5.2. Herr Lindemann-Eggers teilt mit, dass sich ein Steuerungskabel für die Beregnungsanlage des Sportplatzes auf der Fläche befindet, auf der der Neubau der Feuerwehr vorgesehen ist.

5.3. Herr Lindemann-Eggers weist darauf hin, dass ein 30er-Schild in der Hamburger Straße durch Bewuchs kaum sichtbar ist. Herr Ilemann berichtet von Gesprächen zur Vorziehung des Schildes im Kurvenradius in Richtung Ampel.

5.4. Herr Paech weist darauf hin, dass Satzungen wie die Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen und Verträge wie Pachtverträge oder Vertrag über den Betrieb des Waldkindergartens für ihn als Gemeindevertreter nicht einsehbar sind.

5.5. Frau Ruhfaut-Iwan merkt an, dass im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung beschlossen wurde, ein Protokoll einer Sitzung des Kindergartenbeirats allen Gemeindevertretern zur Verfügung zu stellen. Herr Bürgermeister Tillmann-Mumm teilt mit, dass dieses Protokoll nicht vorliegt und auch nicht mehr für wichtig erachtet wurde.

5.6. Herr Paech berichtet von Gesprächen beim Zweckverband Obere Bille zu den Themen Gebührenkalkulation und Vermögensübertragung.

6 Ortsentwicklungsplan (OEK) - weiteres Vorgehen

(4/102)

Die Vorsitzende berichtet, dass im Haushalt der Gemeinde 30T€ berücksichtigt sind, damit ein Büro Planungen und Ideen für die Weiterentwicklung des Ortes unter Berücksichtigung überörtlicher Planung zusammentragen kann. Es soll versucht werden, für diese Planung Zuwendungen zu erhalten. Auch die Verwaltung ist in die Planung eingebunden. Auf die Frage der Vorsitzenden zum weiteren Vorgehen erläutert Herr Bürgermeister Tillmann-Mumm, dass jetzt 5 oder 6 Planungsbüros angeschrieben werden sollen. In einem standardisierten Auswahlverfahren soll die Vorstellung und Benotung der Bieter im Bauausschuss erfolgen. Im Anschluss daran beschließt die Gemeindevertretung die Vergabe an den Bestbieter nach Bewertungsmatrix.

Herr Paech weist darauf hin, dass im Regelfall und gemäß der ursprünglichen Terminplanung die Beratung im Bauausschuss vor der Beratung im Finanzausschuss erfolgt wäre, so dass Verfahrensfragen gar nicht mehr im Finanzausschuss hätten beraten werden müssen.

7 Feuerwehrneubau - Vertragsangelegenheiten/Kostenentwicklung

(4/200), (1/200)

7.1 Kostenvergleich Soll - Ist

Die Vorsitzende möchte sicherstellen, dass kein unvorhersehbarer Kostensprung entsteht. Die Gemeinde hat gemäß der ursprünglichen Planung 2,6 Mio € für den Neubau zur Verfügung gestellt. Zwischenzeitlich sind Änderungen eingetreten. Herr Vagts berichtet von einem Vorgespräch mit Architekt, Energieplaner, TGA-Planer und Bürgermeister. In den nächsten Wochen soll ein Energiekonzept aufgestellt werden. Ziel ist die Erreichung des Standards Energieeffizienzhaus40. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollen durch höhere Zuwendungen mehr als ausgeglichen werden. Aktuell wird hierfür eine Kostenübersicht erarbeitet. Herr Lindemann Eggers verweist auf bereits durch Umplanung und Erweiterung verursachte Mehrkosten in Höhe von rd. 170T€, Herr Suck auf weitere allgemeine Kostensteigerungen für Lohn und Material, die aber normal dazu gehören.

7.2 grundsätzliche Ausgestaltung der Bauleistungsverträge

Auf Frage der Vorsitzenden erläutert Herr Vagts, dass die Verwaltung die Federführung für das Verfahren hat.

7.3 Vertragsänderungen - Auswirkungen auf Haushaltsansätze

Die Vorsitzende möchte Transparenz und Kostenklarheit für alle Mitglieder der Gemeindevertretung erreichen. Herr Bürgermeister Tillmann-Mumm erläutert, dass für Vertragsänderungen immer der Bauherr die Verantwortung hat. Daher werden diese nur mit Einbeziehung der gemeindlichen Gremien veranlasst.

8 Stand der Haushaltsausführung mittels Plan/Ist-Vergleich zum 01.06.2023

Vorlage: 2023/03/007

(1/200)

Die Vorsitzende erläutert, dass sie mit der in der Anlage zur Verfügung gestellten Übersicht allen neuen Mitgliedern der Gemeindevertretung erste Eindrücke von der Haushaltspraxis geben wollte, und zwar dem Vergleich, wie viel Geld die Gemeinde Großensee für ein Jahr zur Verfügung gestellt hat und wie viel davon im laufenden Jahr bereits verausgabt wurde. Die Zahlen beziehen sich auf den Buchungsstand vom 1.6.2023 und sind nicht selbsterklärend, da zum Teil Buchungen bereits für das ganze Jahr vorgenommen wurden, deren Auszahlung erst ratenweise erfolgt, andererseits bestimmte bereits ausgeführte Quartalszahlungen noch nicht abschließend umgebucht wurden.

Herr Paech weist auf ratenweise Einnahmen für Vorjahre zum einen von Rausdorf für den Bauhof und zum anderen für eine Pacht hin. Zudem vermisst er die Beträge aus der Vermögensauseinandersetzung in Höhe von 349T€, die nach Auskunft des ZV Obere Bille zum 31.12.2022 zur Anweisung gelangt seien.

Herr Lindemann-Eggers erläutert, dass die Vermögensauseinandersetzung mit dem ZV bereits im Jahr 2022 abgewickelt wurde.

Anmerkung der Verwaltung: Der Zahlungseingang vom 23.12.2022 in Höhe von 349.359,29 € wurde im Haushaltsjahr 2022 unter der Haushaltsstelle 3/70900.340000 vereinnahmt.

Frau Ruhfaut-Iwan sieht von einer öffentlichen Beratung ihrer Fragen zur Liste ab und gibt diese direkt an den Bürgermeister weiter.

Herr Vagts spricht Zahlungen an, die sich nicht direkt aus der Liste ergeben, weil sie in der Schwebe sind. Die Vorsitzende erläutert, dass sich bei Vorauszahlungen häufig starke Verschiebungen ergeben, wenn z.B. ein einmaliger Mehrverbrauch gleichzeitig zu einer Nachzahlung für Vorjahre und einer höheren laufenden Vorausleistung führt. Sie weist weiter darauf hin, dass die Gemeinde nichts beauftragen darf, was nicht zuvor im Haushalt gesichert ist. Dies kann auch schon für kommende Haushaltsjahre über Verpflichtungsermächtigungen erfolgen. Das Geld ist dann praktisch schon weg, obwohl es noch nicht abgeflossen ist. Bei großen Projekten ist ein Überblick über mehrere Jahre schwierig. Weiterhin können sich überplanmäßige („üpl.“) und außerplanmäßige („apl.“) Ausgaben ergeben, wenn das zur Verfügung gestellte Geld nicht ausreicht. In diesem Fall muss nachgeschossen werden.

Herr Bürgermeister Tillmann Mumm gibt folgende bereits im laufenden Jahr eingetretene überplanmäßige Ausgaben bekannt, die noch von der Gemeindevertretung zu genehmigen sind:

- Brunnen am Sportplatz
- Grundstückskauf
- Dörphus Treppenbau Jugendkeller.

9 Beratung über das Aufstellen geeigneter Parkautomaten am Großraum-Parkplatz Seestraße in Großensee

Vorlage: 2023/03/009

(1/200), (2/10), (3/200), (4/200), (4/102)

Herr Ilemann verliest seinen Antrag. Es ergibt sich eine kontroverse Diskussion, bei der verschiedenste Aspekte angesprochen werden.

Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass ein Anreiz gegeben wird, aus dem Nahbe-

reich statt mit dem Auto lieber zu Fuß oder mit dem Fahrrad zum Freibad zu kommen. Dies soll den Verkehr in Großensee vermindern. Für den Fall einer Einführung eines Parkentgelts sollten Kosten und Erlöse im Abschnitt „Südstrand-Freibad“ im Haushalt veranschlagt werden. Dann könnten Einnahmen aus dem Parkscheinverkauf dazu beitragen, das Defizit des Freibades zu mindern.

Angesprochen wird der soziale Aspekt: Im laufenden Jahr hat es bereits eine Erhöhung der Eintrittsentgelte im Freibad gegeben. Ein Entgelt fürs Parken wäre praktisch eine nochmalige Erhöhung. Dem könnte wiederum begegnet werden durch Umgestaltung der Eintrittsentgelte, etwa durch Einführung eines Familientarifs.

Die Verpflichtung der Gemeinde als Betreiberin des Freibades, ausreichend Parkraum zur Verfügung zu stellen, wird angesprochen. Die Nachfrage ergibt sich sprunghaft nach Wetterlage. Es könnte zu einer Verlagerung der Belastung auf umgrenzende Straßen, z.B. Petersweg, Haibarg und Hinterm See kommen, auch durch zusätzlichen Parkplatzsuchverkehr. Auf die Situation am Nordstrand wird hingewiesen. Dort kommt es zu massiven Belastungen durch Falschparker, der wiederum recht effektiv durch Überwachung des ruhenden Verkehrs und Knöllchen in Höhe von 55 € begegnet wird.

Aus den für die Errichtung der Parkplätze Ende der 70er Jahre gewährten Zuweisungen ergibt sich keine weitere Bindung der Gemeinde, da diese vor einem Jahr mit Zustimmung des Zuweisungsgebers nach Ablauf der Zweckbindungsfrist aufgelöst werden konnten. Ohnehin wurden auch für Errichtung des Freibades selbst entsprechende Zuweisungen gewährt, was ebenfalls nicht einer Erhebung von Eintrittsentgelten entgegenstand.

Die Gefahr des Vandalismus wird angesprochen. Der Parkautomat soll ausschließlich bargeldlose Zahlungen ermöglichen. Schon auf Grund der Lieferzeit möglicher Parkautomaten wird in 2023 keine Umsetzung mehr erfolgen. Von daher wird angefragt, vor einer möglichen Umsetzung eine Bestandsaufnahme der Gesamtsituation zu machen, etwa im Zusammenhang mit dem Ortsentwicklungskonzept. Dies sollte auch für die Situation der Parkplätze selbst gelten, z.B. die Frage der Nutzung durch Wohnmobile oder Wildcamper, sowie die Auswirkungen für Anlieger der umliegenden Straßen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Großensee zwar Regelungen für ihre beiden Großparkplätze am Freibad treffen kann, aber für Regelungen auf den öffentlichen Straßen (auch in Straßenbaulast der Gemeinde) allein die Straßenverkehrsbehörde zuständig ist.

Herr Ilemann ändert seinen Antrag, die Vorsitzende lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss: Der Finanz- und Grundstücksausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung zum Beschluss die Anschaffung von Parkscheinautomaten für den Großraumparkplatz am Südstrand und die ganzjährige Erhebung von Parkentgelten durch eine Entgeltordnung. Im Haushalt der Gemeinde sind für Beschaffung und Installation der Parkautomaten 15.000 € einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	keine

10 Fördermaßnahmen

(1/200), (4/200)

10. Bericht über die bisherigen Recherchen

1

Geplant ist ein Antrag auf Förderung des Ortsentwicklungskonzeptes. Die Vorsitzende teilt mit, dass eine bereits begonnene Planung nicht schädlich ist für eine Förderung. Viele Anträge auf Fördermittel können nur zusammen mit einer entsprechenden Begleitplanung eingereicht werden.

Aktuell ist nicht absehbar, in welchem Umfang es zukünftig noch Fördermittel geben wird, da hierfür zukünftig voraussichtlich weniger freie Bundes- und Landesmittel zur Verfügung stehen.

10. weiteres Vorgehen

2

Herr Vagts weist darauf hin, dass ein Förderprogramm für Feuerwehrhäuser geplant ist. Die Gemeinde Großensee könnte dann mit fertigen Plänen als erste einen Antrag stellen. Die Bedingungen für eine mögliche Förderung stehen aber noch nicht fest. Fördermittel gibt es auch für Mehrkosten energetischer Maßnahmen sowie für Vorsorgepläne, etwa die Notstromversorgung des Feuerwehrhauses bei Stromausfall. Entsprechende Planungen werden in Zusammenarbeit mit dem Architekten entwickelt.

11 Einwohnerfragestunde (nur zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

(2/10), (1/200)

11.1. Es wird gefragt, ob das Amt Trittau Parkgebühren für die Parkplätze auf der Seestraße festsetzen kann. Herr Paul teilt mit, dass diese Möglichkeit besteht, aber das Amt das aus wirtschaftlichen Gründen - hohe Anschaffungskosten Parkautomat zu vergleichsweise wenigen Parkplätzen - nicht machen werde.

Es erfolgt der Einwand, dass dann bei Erhebung von Parkentgelten auf dem Parkplatz der Gemeinde zunächst alle Straßen zugeparkt werden und der Parkplatz leer bleibt.

11.2. Es wird eine Meinung zur gewünschten zukünftigen Ausrichtung der Dorfentwicklung vorgetragen. Die Vorsitzende bedankt sich und regt an, alle Anregungen im Rahmen der kommenden Ortsentwicklungsplanung zusammenzutragen.

Vorsitz:

Ursula Ruhfaut-Iwan

Protokollführung:

Uwe Paul